

**An die Angehörigen und SympathisantInnen  
der Kommunistischen Plattform  
der Partei DIE LINKE im Land Brandenburg**

**Landeskoordinierungsrat der  
Kommunistischen Plattform**

Kontakt:

**Klaus Curth**

Telefon: 033846 / 41871

Telefax: 033846 / 41872

e-mail: [utahohfeld@t-online.de](mailto:utahohfeld@t-online.de)

[www.dielinke-brandenburg.de](http://www.dielinke-brandenburg.de)

→ Partei → LAG und IG/Plattformen

→ Kommunistische Plattform

**12. Informationsblatt der KPF Brandenburg**

Februar 2013

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit dem 12. Informationsblatt übergibt Euch der Landeskoordinierungsrat der KPF Brandenburg seine 3. Stellungnahme zur jährlich durchgeführten Analyse der Tätigkeit unserer Landtagsfraktion und Regierungsmitglieder für den Zeitraum Frühjahr 2012 bis zum Frühjahr 2013 zur Kenntnis und zur Diskussion.

Auch diese 3. Stellungnahme wurde durch uns an den Landesvorstand, an unsere Landtagsfraktion und an unsere Ministerinnen und Minister übergeben.

Wir bitten Euch wie immer, uns nach Erhalt des Info-Blattes Eure Erfahrungen, Meinungen und Probleme mitzuteilen. Eure Ansichten, Fragen und Informationen sind für unsere inhaltliche und organisatorische Arbeit von großer Wichtigkeit!

Die Sprecher des LKR

Kommunistische Plattform  
in der Partei DIE LINKE des Landes Brandenburg

### **Dritte Stellungnahme zur Politik der Partei DIE LINKE. im Landtag und der Brandenburgischen Landesregierung im Zeitraum Beginn 2012 bis Ende 2012**

Die aus unserer Sicht notwendige dritte Stellungnahme zur Politik der Partei DIE LINKE. im Landtag und der Brandenburgischen Landesregierung im oben genannten Zeitraum ist wiederum von unserem Willen beherrscht, weiter zu helfen. Damit wollen wir unser gemeinsames Wirken zum Wohle der Brandenburgerinnen und Brandenburger weiter stärken. Wir sehen dabei auch das Streben nach einer Fortsetzung der bestehenden Koalition im Interesse der Landesbevölkerung.

Wir, die Angehörigen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE im Lande Brandenburg, nehmen in vielen Basisgruppen aktiv am Parteileben teil und unterstützen vielfältig – durch Diskussionen, Vorträge, Publizistik usw. - die im Parteiprogramm formulierte Politik unserer Partei. Das Erfurter Programm ist dabei für uns die Basis unseres Handelns. Unsere Meinung ist: das nach breiter demokratischer Diskussion in der Partei und mit überwältigender Mehrheit auf dem Parteitag in Erfurt beschlossene Programm ist die Grundlage für die Arbeit der Partei als ganzes, die Gremien des Landesvorstandes, der Kreisvorstände, der Zusammenschlüsse und aller Mitglieder. Es beinhaltet überzeugend die Ziele, die Wege, und gibt die Gewähr für den Zusammenhalt der Partei.

Die Angehörigen der KPF wirken außerdem oft unter schweren Bedingungen in weiteren gesellschaftlichen Strukturen ehrenamtlich, um dort die Partei DIE LINKE. weiter bekannt zu machen und in ihrem Sinne zu wirken. Die KPF arbeitet außerdem mit allen linken Bewegungen innerhalb und außerhalb der Partei (z. B. Marxistischem Forum, RotFuchs – Förderverein, GBM, DKP, Antifa - Gruppen u.a.) zusammen. Unsere Mitglieder engagieren sich in antifaschistischen, sozialen, kulturellen, Umwelt - und Bürgerinitiativen und zählen dort oft zu den Aktivposten.

Dabei wenden wir der politischen Entwicklung im Lande Brandenburg unsere besondere Aufmerksamkeit zu. Die auf der vergangenen Landtagswahl beruhende Regierungsbeteiligung halten wir auch in der sich weiter erschwerenden Situation aus den in der zweiten Stellungnahme genannten drei Gründen weiterhin für richtig.

**Erstens** wurde dadurch die CDU aus ihrer vorherigen Landes-Regierungsfunktion als Vollstreckerin der Politik des Kabinetts Merkel für Vermögende katapultiert. Auch deren sozialpolitische Fehlentwicklungen erhielten dadurch einen verdienten empfindlichen landespolitischen Dämpfer, dessen Wirkung verstärkt wurde und durch wachsenden gemeinsamen Druck der Betroffenen und sozial Orientierten verstärkt werden muss.

**Zweitens** war in der Koalition mit der SPD auch im schwierigen Jahr 2012 mehr an sozialpolitischen und humanistischen Zielen zu erreichen, als unter der Koalition von SPD und CDU. Wir erkennen dabei die Bemühungen unserer Landtagsabgeordneten, Ministerinnen und Minister um einen wenigstens ansatzweisen Ausgleich der durch unsoziale Bundespolitik der CDU/CSU/FDP verursachten sozialen Schieflage im Land Brandenburg.

**Drittens** haben über ein Viertel der Brandenburger Wähler/Innen der Linkspartei den Auftrag erteilt, ernsthaft, druckreich und sozial gerechter orientiert auf die Gesellschaftsgestaltung in Brandenburg Einfluss zu nehmen. Diesen immer noch bestehenden Auftrag können wir nach wie vor nicht ignorieren. Die Erwartungen unserer

Wählerinnen und Wähler an uns sind in vielen Lebensbereichen gleich geblieben und teilweise auch berechtigt gewachsen.

Dem wollen wir erneut mit dieser dritten Stellungnahme Rechnung tragen. Gleichzeitig wollen wir eigene Aktivitäten stärken, um die gemeinsamen Ziele besser zu erfüllen. Auf dieser Position beruht unsere jährlich durchgeführte Analyse der Tätigkeit unserer Landtagsfraktion und Regierungsmitglieder – im vorliegenden Fall für den Zeitraum Jahresbeginn 2012 bis zum Jahresende 2012.

Wir begrüßen, dass es im o. g. Zeitraum auch in weiteren Problembereichen gelungen ist, unsere Ziele umzusetzen, ihre Realisierung zu beginnen oder unsere linken Positionen in den Vordergrund der Regierungstätigkeit zu rücken.

Uns sind dabei viele, aber nicht alle Widerstände bekannt geworden, die Ihr dabei zu überwinden habt. Gerade deshalb schätzen wir die viele Mühe, die ihr auch unter Berücksichtigung der knappen finanziellen Mittel habt, hoch ein.

Wir sehen folgende politische, ökonomische, finanzielle und mediale Bedingungen in der BRD für das Land Brandenburg und die Arbeit unseres Landesverbandes unserer Partei, unsere Landtagsfraktion und unsere Ministerinnen und Minister als erschwerend an:

1. Schwankende und sinkende Zuweisungen von dringend benötigten Finanzmitteln von Bund und EU. Verursacht ist das durch lebensfremde Prioritätensetzung durch die konservativ-liberale Koalition in Bund und EU. Dazu kommen für unser Bundesland politisch völlig falsch gesetzte Sparvorgaben von Seiten des Bundes. Das betrifft zum Beispiel die gekürzten Bundesmittel für die Regionalisierung des Öffentlichen Personenverkehrs. Das erschwert zum Beispiel den nötigen Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes in der Fläche, was dringend geboten ist. Im weiteren Beispiel schadet auch der enge Rahmen von Förderbedingungen des Bundes der Gesundheitsvorsorge vor allem im ländlichen Raum.
2. Ständige Erweiterung der Pflichtaufgaben der Länder, Kreise und Kommunen von Seiten des Bundes ohne dafür ausreichende Finanzierung. Das betrifft mittlerweile fast alle zivilen Lebensbereiche und schränkt Länder, Kreise und Kommunen in ihrer gesetzlich garantierten Selbstverwaltung unzulässig ein.
3. Diffamierende Medienkampagnen besonders der CDU/CSU/FDP bundes- und landesweit. Auch „überparteiliche“ Lokalmedien spielen dabei eine große Rolle. Besonders der einseitige Umgang mit der deutschen Geschichte hat dabei für die politischen Gegner große Bedeutung.
4. Große Ignoranz der Medien bundes- und landesweit in Bezug auf die Aktivitäten unserer Partei besonders in den Themen: Friedenssicherung, Ablehnung von Waffenexporten, Ablehnung von Bundeswehreinsätzen im Ausland und gegen den umfassenden Abbau des Sozialstaates. Ebenso unterschlagen die meisten Medien gezielt unsere Initiativen zur Stärkung der Rechte der Menschen im Alltag, im Beruf und zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen. Vor allem in den Gewerkschaften zeigt das leider Wirkung.
5. Mangel an tariflich bezahlten Arbeitsplätzen, auch für Menschen mit Behinderungen, im Land. Zunahme der Minijobs und Leiharbeit und dadurch fehlende Kaufkraft und Nachfrage unter den Beschäftigten. Dadurch weitere Destabilisierung des sozialen Friedens. Durch Sparzwänge kann auch der öffentliche Sektor keine neuen nach Tarif bezahlten Arbeitsplätze mehr schaffen.
6. Wegzug von Fachkräften aus Brandenburg in Bundesländer, wo bessere Löhne und Gehälter gezahlt werden bzw. bessere Arbeitsbedingungen existieren. Gilt auch für öffentliche Einrichtungen und Dienststellen im Land.

7. Durch die in Punkt 4. bis 8. genannten und weitere Faktoren ist das Land selbst für Pflichtaufgaben extrem unterfinanziert. Das zwingt zu Personaleinsparungen, die auch die Menschen im Land vielfältig treffen. Diese Personaleinsparungen im öffentlichen Dienst und weiteren öffentlichen Bereichen sind den Bürgerinnen und Bürgern schwer oder nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten vermittelbar.
8. Immer noch uneinheitliche Lehrpläne der unterschiedlichen Bundesländer, was besonders im Bereich der Klassenstufen 4 – 12/13 zu Unterschieden im Niveau der Abschlüsse führt. Wir betrachten das auch als Hemmnis zum Erreichen eines einheitlichen hohen Bildungsniveaus in der gesamten Bundesrepublik. Dazu kommt mangelnde Finanzkraft im Schulbereich, begründet in Punkten 4. bis 7.

Als gute Ergebnisse der Politik der LINKEN im Land sehen wir besonders:

1. Wir stehen voll hinter der Feststellung unseres Parteivorsitzenden Bernd Riexinger, dass es keinen einzigen Fall gibt, „wo die LINKE in der Koalition der Bremser wäre und sich gegen soziale Gerechtigkeit oder ein anderes Anliegen der Partei stellen würde.“
2. Im Bildungs- und Erziehungsbereich hat es trotz der desolaten Finanzen weitere Neueinstellungen von Lehrerinnen und Lehrer sowie von Erzieherinnen und Erziehern gegeben. Wir sehen dabei noch weiteren Handlungsbedarf.
3. Kitas erhalten auch 2012 nötige Mittel für Sanierung **und** Ausbau, auch durch den Druck von LINKS. Wir würdigen die Bemühungen hoch, trotz knapper Finanzen ein qualitativ und quantitativ hochwertiges Angebot an bezahlbaren Kita-Plätzen für alle Kinder bereitzuhalten.
4. Festigung und Ausbau von internationalen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen unseres Bundeslandes, z. B. nach Polen, Österreich und Skandinavien mit Hilfe der Landesregierung bzw. des Wirtschaftsministeriums.
5. Festhalten der Landesregierung am Willen, endlich einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn festzulegen. Da besteht weitere Notwendigkeit zum Handeln, z. B. durch verstärkten öffentlichen Druck.
6. Als bedeutsam schätzen wir ein, dass Brandenburg dem Steuerabkommen mit der Schweiz nicht zustimmt. Die Besserstellung großer Steuerhinterzieherinnen und Steuerhinterzieher ist in der Bevölkerung heiß umstritten und größtenteils abgelehnt. Das klare Votum aus Potsdam stärkt damit auch das Gerechtigkeitsgefühl der Mehrheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger.
7. Stärkere Orientierung auf Bildung, Fachkräftesicherung, Innovation und Erneuerbare Energien beim Einsatz der gekürzten und im Verwendungsrahmen eng definierten EU-Fördermittel durch das Wirtschaftsministerium.
8. Brandenburg will auch weiterhin führend in Erforschung und Einsatz erneuerbarer Energien bleiben. Wir würdigen die klare Haltung unseres Wirtschaftsministers zu den ungerechtfertigt erhöhten Strompreisen. Wir ermutigen zu weiteren Schritten in Richtung Netzausbau mit Erdverkabelung und dem Schutz der privaten Stromkunden vorm Strompreiswucher der Energiekonzerne, besonders von VATTENFALL. Als besonders wichtig sehen wir an, dass die Gewinner an den Strompreisen – die Energiekonzerne und ihre Großkunden – sich stärker an den Kosten des Netzausbaus beteiligen sollen und nicht auch noch Steuererlässe für ihren Strompreiswucher erhalten.
9. Wir nehmen mit großer Freude zur Kenntnis, dass besonders aus der LINKEN – Fraktion große Anstrengungen zur Verbesserung der Inklusion unternommen werden. Damit ist Brandenburg in diesem sensiblen Thema auf einem guten Weg. Wir wünschen dabei weiterhin viel Erfolg und unterstützen die großen

Bemühungen, unsere Schulen dafür auch mit der nötigen materiell-technischen Basis und den erforderlichen Lehrkräften auszustatten.

10. Ausbau der touristischen Angebote, damit verbunden der weitere infrastrukturelle Ausbau und weitere Schaffung von Arbeitsplätzen. Wir würdigen das als eine große weitere Möglichkeit, um Brandenburg noch bekannter zu machen und auch den ländlichen Raum weiter zu erschließen.
11. Rot-Rot stärkt die Finanzausstattung der Kommunen mit Schlüsselzuweisungen auf Rekordniveau und der Weitergabe der Wohngeldersparnisse. Das hilft Kreisen und kreisfreien Städten bei der Bewältigung ihrer angespannten Haushaltsslage. Damit erfolgt eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung in den Jahren 2013 und 2014, so dass die Schlüsselzuweisungen an die Landkreise mit rd. 405,4 Mio. € pro Jahr erstmals die 400 Mio. €-Grenze übersteigen werden. Hierin drückt sich die dankenswerte Arbeit unseres Finanzministers Genossen Dr. Helmuth Markov und seines Hauses aus.
12. Bemühungen zur weiteren Verbesserung der medizinischen Versorgung der ländlichen Bevölkerung durch Förderung von Gesundheitsprojekten durch unsere Gesundheitsministerin in einem Bereich, der durch Ärzte- und Kapazitätenmangel gekennzeichnet ist.
13. Weiterhin ist kein Brandenburger Landespolizist im Afghanistan Krieg eingesetzt. Das betrachten wir als Ausdruck des Friedenswillens der Brandenburgischen Landesregierung und erwarten das auch weiterhin.
14. Weiterführung der Hochwasserschutzmaßnahmen in den Gefährdungsgebieten. Damit wird auch die Planungssicherheit für Bewohnerinnen und Bewohner, Handel und Gewerbe in den betroffenen Regionen erhöht.
15. Das neue Naturschutzgesetz zur Regelung von Artenschutz, Sicherung der Betretungsrechte und Abstandsregelungen für gentechnische Pflanzen bietet nach dem Beschluss im Landtag für unsere Natur erhöhten Schutz. Damit werden höhere Rechtssicherheit gewährleistet und Beteiligungsrechte gewahrt. Ehrenamtlichem Naturschutz sollen gleiche Rechte wie dem hauptamtlichen Naturschutz bei Verbandsbeteiligungen zugebilligt werden. Das unterstützen wir ausdrücklich.
16. Erleichterungen der Bewegungsfreiheit für Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und Asylbewerber. Durch Festhalten an der Aufhebung der Residenzpflicht wird mehr, aber noch nicht volle Menschenwürde hergestellt. Wir sehen da noch Handlungsbedarf bei der weiteren Gleichberechtigung dieser hilfsbedürftigen Menschen.
17. Schaffung vieler Beratungsstellen und deren Vernetzung im Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Hier sind im Gesamtstreben des Landes nach Stärkung der Zivilcourage noch viele Aufgaben zu erledigen.

Diese und weitere gute Ergebnisse betrachten wir als Erfolge der Brandenburger LINKEN im Landesverband, in der Landesregierung und in den Parlamenten. Diese Erfolge gilt es gemeinsam zu festigen und auszubauen. Dabei wollen wir als KPF des Landes Brandenburg weiter helfen.

Aber es gibt auch Problemfelder, bei denen wir unsere Sorgen, Bedenken und Kritik nicht zurückhalten können und wollen. Wir wollen durch diese, teils wiederholte Nennung weiter helfen, unser Landtagswahlprogramm von 2009 weiter erfolgsorientiert umzusetzen und dies in die Wahlkämpfe 2013/2014 einzubringen.

1. Uns erfüllt weiterhin mit Sorge, dass die o. g. Erfolge guter Arbeit noch immer zu wenig unter den Menschen in unserem Bundesland und darüber hinaus bekannt

- sind. Auch die nicht durch die Brandenburger LINKE zu verantwortenden Schwierigkeiten, die wir schon in den „erschwerenden Punkten“ nannten, sind einem Großteil der Menschen nicht bekannt. Hier erwarten wir auch in Vorbereitung der kommenden Wahlen die Beseitigung der Hemmschwellen durch Kommunikationsdefizite der LT-Fraktion und Ministerinnen und Minister. Die Brandenburgerinnen und Brandenburger haben ein Recht darauf, zu wissen, wer ihnen das Leben schwermacht.
2. Die Zahl der auch durch den Koalitionsvertrag festgeschriebenen 500 Neueinstellungen von Lehrerinnen und Lehrern für 2012 ist nicht erfüllt worden. Die derzeit rund 500 langfristig kranken Lehrkräfte werden selten oder nicht vertreten. Noch immer fällt in brandenburgischen Schulen viel Unterricht aus. Gleichzeitig ist ein Auseinanderdriften zwischen qualitativen und quantitativen Anforderungen im Schulbereich bei Personal, Ausstattung, Arbeitsmitteln und den tatsächlichen Bedingungen zu verzeichnen. Beschwerden in lokalen Medien darüber werden häufiger. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der Beamtenbund mussten wegen der nicht zu übersehenden Mängel mehrmals an die Öffentlichkeit gehen, um Druck auf die Koalition auszuüben. Wir erklären uns mit der GEW und ihren Forderungen solidarisch. Wir fordern starken Druck von LINKS, um die Lage zu verbessern.
  3. Zur Durchsetzung der Inklusion an allen Brandenburger Schulen ist dringend eine Verbesserung der personellen Ausstattung und des finanziellen Rahmens für die allgemeinbildenden Schulen und Gymnasien erforderlich. Aus Berichten Betroffener sind uns Mängel bekannt, die dem guten Ziel der Einbeziehung aller Menschen in die Bildung widersprechen. Wir wissen, dass die fehlenden Ausstattungen und fehlende Pädagogen nicht durch linke Politik verschuldet sind. Darum erwarten wir, dass klar endlich auch mal die Schuldigen aus EU und Bund für die noch bestehenden Probleme in der Inklusion benannt werden.
  4. Noch immer darf die Bundeswehr in Brandenburger Schulen für eine militärische Berufslaufbahn der freiwilligen Soldaten, auch für Auslands-„Abenteuer“, werben. Wir verurteilen das und erwarten hier den schon lange nötigen LINKEN Druck auf diejenigen, die das immer wieder zulassen. Wir wollen keine Werbung für das Kriegshandwerk in unseren Schulen. Das widerspricht den historischen Lehren gerade in Brandenburg und ist KEIN Beitrag zur Friedenssicherung. Dies ist umso wichtiger, als der Bundesverteidigungsminister bereits angekündigt hat, dass Deutschland künftig mehr Anfragen für eine Teilnahme an militärischen Auslandseinsätzen erhalten wird und dass „wir eine Führungsverantwortung in Europa haben“. Da erwarten wir mehr Druck auf den Koalitionspartner SPD. Weiterhin fordern wir in Bezug auf die kriegerische Rolle der Bundeswehr, dass das Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Geltow bei Potsdam auch vom Landesvorstand der LINKEN, der Landtagsfraktion und unseren Ministerinnen und Ministern als das verurteilt wird, was es ist: Ein deutscher Kommandostab zur Führung von aus ökonomischen Gründen geführten Kriegen im Ausland. Die oft vorgetragenen Argumente zur Arbeitsplatzbeschaffung müssen da hinter den berechtigten Forderungen zum Abzug aller Bundeswehrangehörigen aus dem Ausland zurückstehen. Hier geht es um Krieg.
  5. Erneut müssen wir feststellen, dass auch weiterhin in den öffentlichen Schulen ein einseitiges Geschichtsbild über die DDR vermittelt wird. Die DDR wird dort ganz offiziell diffamiert, die historische Notwendigkeit ihrer Errichtung wird dabei verdreht oder ausgeblendet. Die Gesamtdarstellung aller hemmenden inneren UND äußeren Faktoren für die DDR unterbleibt größtenteils. Die auch von bürgerlichen Medien dokumentierte Mitschuld des damaligen Westens am Kalten

Krieg mit dem Ziel der Vernichtung des sozialistischen Lagers wird in Schulen weiterhin falsch begründet oder nicht dargestellt. Das ist für uns unerträglich. Die DDR war eindeutig der bisher für die Menschen beste deutsche Staat. Die Darstellung im Unterricht sollte eine Analyse beider Seiten, also auch positiver Fakten beinhalten sowie statt der einseitigen Diskriminierung Bezüge zur historischen Situation in der BRD herstellen.

6. Auch prominente Mitglieder des Landesverbandes wie Stefan Ludwig, Birgit Wöllert und andere beteiligten sich mitunter an der Diffamierung der DDR als „Unrechtsstaat“ oder am Vergleich „zweier Diktaturen“, gemäß der Totalitarismus-Doktrin. Das Führungspersonal der Brandenburger LINKEN sollte sich enger an die im Parteiprogramm getroffenen Formulierungen über die DDR und ihre Geschichte halten.

7. Als besorgniserregend sehen wir die Lage beim Thema Antirassismus und Antifaschismus an. Im Land werden gerichtlich weiterhin Aufmärsche und Kundgebungen der Nazis genehmigt, die vorher von couragierten Behörden verboten wurden. Das erschüttert das Vertrauen in die Justiz. Wir erwarten dringend, dass die Richterschaft in Weiterbildungen vom Justizministerium klar auf die Rechtssprechung orientiert wird, die gegen Nazis erfolgreich war und ist. **Ein weiterer Fakt** empört uns zum Thema Neonazismus: Wie kann es immer noch im Jahr 2012 sein, dass in brandenburgischen Orten, wo mehrere Hundert zivil couragierte Menschen an friedlichen, unbewaffneten Sitzblockaden gegen von Polizei bzw. Justiz genehmigte Nazi-Märsche teilnahmen, dort ständig Polizeischikanen miterleben mussten? Erlebnisberichte betroffener Menschen, Presseerklärungen betroffener Initiativen und Medienberichte sprechen eine deutliche Sprache. Mit diesem Vorgehen von Exekutivbehörden wird auch die Glaubwürdigkeit linker Politik untergraben!

**Im Land Brandenburg** wurden und werden immer noch bei antifaschistischen friedlichen Aktionen sogenannte Beweissicherungs- und Festnahme-Einheiten (BFE) der Polizei verschiedener Bundesländer und des Bundes eingesetzt, um für die Nazis mit Gewalt Wege frei zu räumen. Dabei beachteten diese Einheiten weder universelle Menschenrechte noch deutsche Grundrechte. Bereits in den vorigen Stellungnahmen zur rot-roten Politik im Land haben wir die Polizeigewalt kritisiert. Geschehen von Eurer Seite ist öffentlich sehr wenig. Dankenswerterweise beteiligten sich einige prominente Politikerinnen und Politiker an Sitz-Blockaden und ermöglichten damit einen gewissen Schutz vor noch mehr Polizeigewalt. Auch deshalb danken wir den prominenten Linken aus Brandenburg für ihre Blockade-Unterstützung.

**In diesem Zusammenhang** ist es für uns nicht mehr hinnehmbar, wenn von Landesvorstand, Landtagsfraktion und unseren Ministern keine laute Kritik an der seit 2010 bestehenden öffentlichen finanziellen Förderungsbremse namens „Demokratie-Erklärung“ für Anti-Nazi-Projekte vor Ort durch das Bundes-Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend der Frau Christina Schröder (CDU) laut wird. In den Handhabungsrichtlinien zur o. g. Erklärung und zur „Extremismus-Klausel“ ist explizit die Mitarbeit von Mitgliedern des VVN-BdA, der KPF, der Antikapitalistischen Linken, Marxistischem Forum der LINKEN, Antifa-Gruppen, linken Recherchegruppen- und Journalisten, antifaschistischen und linken Bildungszentren verboten. Das verstößt gegen Grundgesetz und Landesverfassung. Hier muss auch öffentlicher Druck von Euch gegen diese Verfahrensweise aufgebaut werden.

**Wir sehen es daher** auch als Aufgabe an, die nur vier Zeilen zum sensiblen Thema Rechtsextremismus und Gegen-Engagement im beschlossenen

Leitantrag des Landesparteitages vom 02.12.2012 mit noch mehr Leben zu erfüllen. Das Zusammenschmelzen dieses wichtigen Themas auf vier Zeilen ist nicht nachvollziehbar, es wird der gefährlichen Lage im Land nicht gerecht. **Gleichzeitig verurteilen** wir die Beobachtung von gewaltfreien Initiativen gegen Faschismus, Rassismus, Allmacht des Kapitals und zur Stärkung der Bürgerrechte durch den Verfassungsschutz des Landes. Trotz aller Verneinungen durch SPD-Landespolitiker wissen wir, dass auch die KPF und weitere linke Strukturen vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Das ist Kriminalisierung solcher Gruppen und Menschen. Hier fordern wir sicht- und hörbaren Druck von Euch, damit demokratisch aktive Menschen nicht noch mehr in ihrem ehrenwerten Engagement eingeschränkt sind.

8. Als erschreckend haben wir empfunden, dass Gen. Ralf Christoffers als Wirtschaftsminister in der „MAZ“ vom 05.11.2012 „mehr Zeit für die Griechen bei der Erfüllung der Sparvorhaben“ forderte und dabei auch noch die EU-Spardiktate gegen die südlichen europäischen Krisenländer verteidigte. Dies verfälscht völlig die grundsätzliche Position der LINKEN, die sich gegen die Sparprogramme zu Lasten der einfachen Bevölkerung richten, die die Reichen des Landes nicht betreffen und bei denen die ausländischen Hilfsgelder lediglich der Existenz und den Profiten der Banken zu Gute kommen. Wir distanzieren uns ausdrücklich von der Position des Genossen Christoffers und solidarisieren uns mit den politischen Streiks gegen das kapitalistische System. Wir verweisen darauf, dass unser Parteivorsitzender Bernd Riexinger bei seinem Griechenland-Besuch an entsprechenden Demonstrationen teilnahm.
9. Verwundert erfuhren wir, dass sich in Wildau eine Firma AC&S Aerospace Consulting & Services GmbH niederlassen konnte. Gerüchte über die Förderung durch das Wirtschaftsministerium dieser auch als Rüstungshersteller tätigen Firma konnten nur halb entkräftet werden. Wir fordern, dass bei dieser Firma genau kontrolliert wird, ob sie sich an die Zusagen zur rein zivilen Produktion hält. Brandenburg darf nicht zu einem weiteren Zentrum der Rüstungslobby werden. Wir hatten in diesem Zusammenhang schon Kritik an der MTU im Süden von Berlin geübt.
10. Mehr als 40 000 Unterschriften wurden gesammelt gegen die als Zwangsfusion empfundene Verbindung der BTU Cottbus mit der FHL Senftenberg/Cottbus. Als Hauptgrund sehen die Unterschreibenden immer noch enge Sparzwänge in einer völlig unterfinanzierten Hochschullandschaft. Auch wenn es im Zusammenwirken von FHL und BTU Mängel gibt, so ist das gewählte Verfahren der Gesetzgebung undemokratisch ohne Beachtung der Meinungen der Betroffenen durchgeführt worden. Das ist nicht nur ein Kommunikationsdefizit. Uns bedrückt die fast geschlossene Zustimmung unserer Fraktion zu den Fusionsplänen. Deshalb zollen wir dem Abgeordneten Jürgen Maresch für seine NEIN-Stimme zu diesen Plänen unseren hohen Respekt. Dass jetzt nach der entscheidenden Landtagsitzung die berechtigten Proteste weitergehen, zeigt uns, dass noch immer Klärungsbedarf besteht. Wir erwarten, dass der Beschluss des Landesvorstandes vom 12.01.2013 dazu konsequent umgesetzt wird. Abweichungen schaden uns genauso wie die schon erfolgte Zustimmung fast der gesamten Landtagsfraktion zur Fusion.
11. Im November 2012 erfuhren wir besorgt aus der Oder-Region, dass dort eine immense Verbreiterung der Wasserfahrwege geplant ist. Und hierin liegt das Problem: Lobbyverbände der Binnenschiffer u. a. wollen die Wasserstraßen groß und breit gemäß dem Bundesverkehrsprojekt „Deutsche Einheit“- Nr. 17 auf Kosten der Allgemeinheit gebaut haben, welches den Binnenwasserstraßen-



Ausbau nach der Kategorie A vorsieht. Von Anfang an rufen alle Naturschutz-Verbände und Sachkundige gegen diesen ökologischen und baulichen Wahnsinn auf. Das Projekt ist ökologisch, wirtschaftlich und kulturell unverantwortlich, denn alle Brücken und sonstigen Bauwerke müssten erneuert werden, ganz abgesehen von dem grundhaften Eingriff in die Landschaften. Da erwarten wir von Euch entschiedenen Widerstand gegen eine profitorientierte umweltschädliche landschaftsverändernde Maßnahme.

12. Nach dem Willen der Landesregierung sollen zwischen Berlin, Frankfurt(Oder), Müncheberg und Guben zukünftig Erdöl- und Erdgasfelder produzieren. Dafür erforderliche Lizenzen für Erkundungsbohrungen sind bereits vergeben. In dicht bewohntem Gebiet wie Ostbrandenburg sollten solche Erdgasfelder mit weitaus größeren Bohrtürmen (3000 Meter Tiefe sind als Möglichkeit geplant!) unterbleiben. Und sollte sich gegen alle Vernunft der Menschen dieses Projekt nicht verhindern lassen, dann sollten die Bewohner, die betroffenen Kommunen und das Land Brandenburg angemessen entschädigt werden. So wie in Norwegen sollten 70% Gewinnanteil an den Staat festgelegt werden, der dieses Geld dann für die Menschen einsetzen soll. Diese Aufgabe sollte die LINKE politisch für sich voll wahrnehmen.
13. Die LINKE Brandenburg sollte sich auf der Grundlage des Koalitionsvertrages vom 05.11.2009 dafür einsetzen, „dass Menschen und ihr Eigentum nicht gefährdet, die persönliche und wirtschaftliche Nutzung ihrer Grundstücke sowie die natürlichen Lebensgrundlagen von Tieren und Pflanzen nicht beeinträchtigt werden.“ gegen jeglichen Einsatz von CCS und Schiefergas-Fracking einsetzen. Die Risiken beider Technologien sind weder einschätzbar noch versicherbar. Deshalb sind sie strikt abzulehnen.
14. Die LINKE sollte den Kampf der aktiven Bürger gegen Fluglärm allgemein und im Einzelnen für das Nachtflugverbot von 22.00 – 06.00 Uhr viel deutlicher unterstützen. Jetzt, wo es erneute Verzögerungen bei der Fertigstellung des verkehrspolitisch umstrittenen und ökologisch bedenklichen Großprojekts gibt, müssen sich Landesvorstand, Landtagsfraktion und unsere Ministerinnen und Minister noch deutlicher für Nachtflugverbot und vollständigen Lärmschutz für die Betroffenen positionieren. Denn mit diesem Thema kann die LINKE berechtigt punkten bei weiteren Auseinandersetzungen zum Thema BER und Fluglärm. Wir unterstützen die Position unseres Landesvorstandes vom 12.01.2013. Wir unterstützen die Haltung von Gen. Markov, bis auf weiteres nur noch Gelder für den Ausbau des Lärmschutzes im Umfeld des Flughafens BER freizugeben. Wir erwarten da noch mehr öffentlichen Druck zum Wohle der Betroffenen.
15. Ein immer mehr drängendes Problem ist der Umgang mit dem Thema „Alt-Anschließer“ der bereits vor dem 03.10.1990 angeschlossenen Abwasser-Entsorgungsteilnehmerinnen und – teilnehmer. Dazu regt sich gegen die beabsichtigte erneute Gebührenerhebung berechtigter engagierter Widerstand. Ein von der Mitgliederversammlung der BO Nuthetal eingebrachter und vom Kreisparteitag Potsdam - Mittelmark am 10.November 2012 beschlossener Antrag an die 2.Tagung des 3. Landesparteitages, „mit allen verfügbaren Mitteln um die Lösung des Alt-Anschließer-Problems zu kämpfen“ und dies in den Leitantrag aufzunehmen, wurde unverständlicherweise nicht auf dem Landesparteitag behandelt. Wir haben den Eindruck, dass die politische Dimension dieser Problematik nicht erkannt oder, aus welchen Gründen auch immer, bewusst oder unbewusst nicht zur Kenntnis genommen wird. Im Land Brandenburg hat sich eine breite Protestbewegung entwickelt. Es geht um ca. 90 000 betroffene Altanschießer-Haushalte mit mehr als dem Doppelten

an Wählerstimmen. Ihre Anliegen und in uns gesetzte Hoffnungen auf Unterstützung können wir nicht ignorieren. Auch nicht die vielen Initiativgruppen im Lande, die mit Nachdruck im Bürgerinteresse gegen die rückwirkende Erhebung von Anschlussgebühren eintreten. Vielerorts sind dabei Genossinnen und Genossen der Basisorganisationen aktiv, wie in Nuthetal, Ludwigfelde, Michendorf, Kleinmachnow, Brieselang u. a.. Völlig zutreffend für das Anliegen genannter Initiativen ist die Begründung der Basisorganisation Nuthetal und des Kreisparteitages Potsdam-Mittelmark für den oben angeführten Antrag an den Landesparteitag:

„Die Erhebung von Beiträgen für den Anschluss von Grundstücken an Schmutzwasseranlagen, die bereits am 3.10.1990 angeschlossen waren, wird von den Betroffenen als Unrecht empfunden. Sie alle berufen sich darauf, dass sie bei Beitritt der DDR nach dem Verwaltungsrecht der DDR bzw. anderer Rechtssysteme angeschlossen waren und dieses Verwaltungsrecht (Verwaltungsakte) gemäß Artikel 19 des Einigungsvertrages zwar Gebühren zulässt, jedoch keine neuen „Anschlüsse“ bzw. Herstellungs- oder Erschließungsbeiträge, so wie es bei der verkehrlichen Erschließung per BauGB, §242 Ziffer 9 im Beitrittsgebiet explizit festgeschrieben ist. Zum anderen vertrauen alle drauf, dass sogar nach dem neuen Verwaltungsrecht (BbgKAG) nach 15 Jahren die vierjährige Frist zur Festsetzung solcher Anschlussbeiträge längst abgelaufen war.“

Wir, und die Genossinnen und Genossen aus den Basisorganisationen erwarten, dass die Fraktion der Partei DIE LINKE und der Landesvorstand einen Weg finden, der trotz des Koalitionszwanges den berechtigten Anliegen der Bürger Rechnung trägt.

Diese kritische Betrachtung unserer Landespolitik ist Bestandteil unseres auf Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit gestützten linken Politikverständnisses.

Wir werden über diese Fragen gern mit Vertreterinnen und Vertreter des Landesvorstandes, der Landtagsfraktion und der Landesregierung beraten, um in den Wahlkämpfen 2013 und 2014 gemeinsam für die Stärkung unseres Landesverbandes zu wirken.